

Aus dem Wahlkampf

Ein Appell des Kanzlers

Wahlrecht ist Wahlpflicht

Berlin, 5. Sept. Reichskanzler Dr. Brüning empfing den Chefredakteur des Volk-Büros zu einer Aussprache über die politische Lage. Hierbei beantwortete er verschiedene mit dem Wahlkampf zusammenhängende Fragen.

Frage: Wie beurteilen Sie, Herr Reichskanzler, die Aussichten der bevorstehenden Reichstagswahl?

Antwort: Wer an das deutsche Volk glaubt, wer Vertrauen zur deutschen Wirtschaft hat, wer den Arbeitswillen des Deutschen kennt und hochschätzen gelernt hat, der wird auch mit einiger Zuversicht dem 14. September entgegensehen dürfen. Ein Volk, das zwölf Jahre bitterste Not ertragen hat und nicht verzweifelt ist, wird an dem Tage, an dem es berufen ist, seine Zukunft zu führen, nicht versagen. Hierbei muß ich allerdings eines hervorheben: Alle müssen ihre Pflicht tun. Es geht nicht an, daß, wie bei früheren Wahlen, Millionen Deutsche beiseite stehen und der Wahlurne fernbleiben. Wie Ihnen wohl nicht unbekannt ist, ist die sogenannte Partei der Nichtwähler die stärkste Partei des deutschen Volkes. Beim letzten Male hatten über 10 Millionen deutscher Frauen und Männer ihre Wahlpflicht veräußert, was einen Ausfall von rund 175 Reichstagsabgeordneten bedeutet. Das sind, wie Sie hier gewiß zugeben, geradezu ungeheuerliche Zahlen. Die schwere Not der Gesamtheit ist die Not jedes einzelnen. Kritik zu üben und dann, wenn es darauf ankommt, nicht positiv mitzuwirken, ist gewissenlos. In einer demokratischen Staat ist das Wahlrecht in erster Linie Wahlpflicht. Wer diese Pflicht nicht erfüllt, verläßt das Bild des Volkswillens. Diejenigen, die am abfälligsten über das Verhalten des letzten Reichstags geurteilt haben, mögen sich die Frage vorlegen, ob nicht gerade sie es waren, die aus Bequemlichkeit oder Interesslosigkeit an diesem Verhalten mit schuld gewesen sind. Gerade diejenigen Parteien, die die schwere Last der Verantwortung getragen haben, bitten besonders unter der Wahlentscheidung.

Frage: Werden nicht gerade die Regierungsmassnahmen, Herr Reichskanzler, die Arbeit der hinter der Regierung stehenden Parteien erschweren?

Antwort: Das Gegenteil müßte der Fall sein, wenn man nach an einen politischen Instinkt des deutschen Volkes glauben darf. Die Maßnahmen der Reichsregierung erschweren nicht die Arbeit der hinter der Regierung stehenden Parteien, sondern erleichtern diese Arbeit. Wir hatten eine Zerrüttung der Finanzen vorgefunden, deren Ursachen weit zurückliegen. Die Regierung hat den Haushaltsplan in Ordnung gebracht, soweit dies in den gegenwärtigen Zeiten einer kaum dazwischen Weltwirtschaftskrise überhaupt möglich war. Die qualvolle Sorge früherer Monate, ob die Verpflichtungen des Staates am Ende eines Monats überhaupt noch erfüllt werden können, besteht nicht mehr. Die Regierung hat Ordnung in die Staatsfinanzen gebracht, die es dem kommenden Reichstag ermöglicht, die bekannten Reformvorschlüsse der Regierung in Ruhe durchzuberaten. Es ist gelungen, über eine Milliarde Mark durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm zusätzlich der deutschen Wirtschaft zuzuführen. Dadurch wird 100 000 Arbeiter Brot verschafft und dadurch teils Arbeitslosigkeit verhindert, teils ihr Anwachsen abgemittelt.

Durch ein großzügiges Programm, dessen Durchführung im besten Gange ist, haben wir dem schwer leidenden Osten wertvolle Hilfe angedeihen lassen. Wir haben nicht von Sparsamkeit geredet, aber wir haben sparsame Haushaltsführung in die Tat umgesetzt. Sie haben vielleicht auch die letzten Reden des Herrn Reichskanzlers Dietrich gelesen, wonach nach seinem vom Kabinett bewilligten Vorschlägen der in Vorbereitung befindliche Haushaltsplan 1931 eine Ersparnis von über 300 Millionen gegenüber dem Entwurf 1930 bringen wird. Wer die Dinge kennt, namentlich die vielen Zwangsausfälle und einsparungsfähigen Stellen, wird mit mir darin eine sehr wertvolle politische Arbeit erblicken.

Freilich! Wir haben manchem weh tun müssen, aber wir haben der Gesamtheit geholfen und das Vertrauen im Auslande in die deutsche Wirtschaft und zur deutschen Arbeit gestärkt. Der gesunde Sinn des Deutschen muß und wird erkennen, daß solche Voraussetzungen gesunder Verhältnisse in Staat und Wirtschaft sind.

Frage: Glauben Sie, Herr Reichskanzler, mit dem kommenden Reichstag Ihr Programm verwirklichen zu können?

Antwort: Die Entscheidung darüber liegt nicht bei mir und dem Kabinettsrat, sie liegt in der Hand des Wählers am 14. September. Er wird darüber zu entscheiden haben, ob dieses in großen Umrissen bezeichnete Reformprogramm der Reichsregierung Wirklichkeit werden soll oder nicht. Ich vertraue darauf, daß eine große Stunde kein kleines Geschlecht finden wird. Ich vertraue auf den gesunden, staatsbürgerlichen Sinn des deutschen Volkes. Die Entscheidung geht um Auflösung und Niedergang oder Gesundung und Wiederaufstieg. Wer dieser Entscheidung durch Fernbleiben von der Wahlurne ausweicht, der ist der Ehre, ein deutscher Staatsbürger zu sein, nicht wert. Höher als das Wahlrecht steht die Verpflichtung, von diesem Rechte Gebrauch zu machen.

Dr. Scholz über die bürgerliche Sammlung

München, 5. September. In der ersten Wahlkundgebung der Deutschen Volkspartei in Bayern sprach als Hauptredner Reichsminister a. D. Dr. Scholz über die Ziele der Deutschen Volkspartei auf innen- und außenpolitischen Gebieten und beleuchtete auch die von ihr verfolgte staatsbürgerliche Sammlungspolitik. Er betonte, daß der in sich geschlossenen Sozialdemokratie nur eine einzige und geschlossene bürgerliche Partei auf staatsbürgerlicher Grundlage entgegengestellt werden könne. Wenn auch die Eigenbrödel der Parteien es nicht zu der erstreb-

ten Sammlung habe kommen lassen, so zeigten sich doch vielfach schon jetzt Spuren der deutschen Volksgemeinschaft des Staatsbürgertums. Die Volkspartei werde nach dem 14. September mit aller Entschiedenheit an diesem Gedanken des deutschen Staatsbürgertums festhalten. Sie wisse es weit von sich, daß man eine Kluft zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft aufreißen solle. Auch der Arbeiterschaft müßten die Tote zu dem staatsbürgerlichen Zusammenschluß weit aufgemacht werden.

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte er sich mit dem Reformprogramm Brüning, das in jeder Hinsicht zu unterstützen sei.

Eine Wahlrede Hugenburgs

Stuttgart, 4. Sept. Vor einer Riesensammlung von 10 000 Personen sprach Geheimrat Dr. Hugenburg in der Stadthalle. Nach Begrüßungsworten des Landesvorsitzenden, Reichsrat Dietrich, führte Geheimrat Hugenburg, von seinen Anhängern mit Jubelrufen empfangen, unter anderem aus: Wir Deutschen erstreben eine ehrliche und aufrichtige Abkehr von der bisherigen inneren und äußeren Politik. Der Marxismus muß nicht nur aus den Köpfen der Wähler, sondern auch des deutschen Bürgertums herausgeholt werden. Die Entmachtung der Sozialdemokratie, die heute von Garmat-Geist und Korruption erfüllt ist, ist gar nicht so schwer. Arbeiter, Angestellte und Beamte, die heute noch marxistisch wählen, verständigen sich an sich selbst und ihren Kindern. Wir kommen nur weiter durch Zusammenfassung unserer Kräfte unter vaterländischen Gesichtspunkten. Wir belächeln den Reichspräsidenten nicht, aber auf der anderen Seite verziehen wir uns nicht auch hinter ihm, wie es die Mitte tut. Das die Regierung Brüning nichts besser macht, zeigt ihr neuester Beschluß, daß die Außenpolitik in den allen bewährten Bahnen weitergeführt werde. An die Reichsregierung richte ich die Frage, ob es wahr ist, daß die deutsche Regierung bei Frankreich eine Anleihe von 2,5 Milliarden zu niedrigem Zinsfuß gegen sonstige Zugeständnisse aufnehmen will, um das zu verwirklichen, was der Reichsfinanzminister neulich im Geneserhof zu seinen letzten Ausführungen im Reichstag verkündete, nämlich daß die deutsche Kassenlage gesund sei. Durch den Ausfall der Wahlen muß dafür gefordert werden, daß solche Pumpwirtschaft in Deutschland aufhört. Von dem Ausgange der Wahlen wissen wir nur eins sicher, daß die Deutschen national gemeinsam mit den Nationalsozialisten dafür sorgen werden, daß das Zentrum nicht mehr die Schaupolitik zwischen rechts und links im Reichstag unter Aufrechterhaltung seines Bündnisses mit der Sozialdemokratie in Preußen betreiben kann. Ein zweiter Wahlkampf wird dann die Lage endgültig klären. Infolge meines Kampfes gegen das Zentrum wirkt mir diese Vorführung die Politik des Evangelischen Bundes. Ich bin mir aber des Ernstes der Lage zu sehr bewußt, als daß ich keine Konfessionspolitik befürworten könnte. Was ich befürworte ist ein Bündnis des ganzen Christentums gegen den christenfeindlichen Marxismus. Am Schluß seiner fast zwei Stunden Rede versicherte Hugenburg, daß er nicht um des Kampfes willen kämpfe, sondern um Deutschland groß und glücklich zu sehen. Stürmischer Beifall, ein Schlußwort Dr. Wilders und das Deutschlandlied schloß die bisher größte Wahlsammlung.

Kommunisten und Nationalsozialisten

Bei der kommunistischen Versammlung im Festsaal der Verhalla sprach am Donnerstag Hermann Kemme über das Thema „Faschismus oder Kommunismus“. Während Kemme im Saal eine dreistündige Rede hielt, sprach Schläffer, der auf der neuen Wahlliste an zweiter Stelle steht, im Garten am gleichen Thema. Auch die Aussprache mit Oskar Riaraß, dem Führer der Stuttgarter nationalsozialistischen Jugend, und Baumann, dem Führer des von dieser Partei angeführten linken Teils, beschränkte sich auf den Saal. Schläffer wandte sich in der Hauptsache gegen die Sozialdemokratie, denen er die Schuld an der Errichtung und am Zusammenbruch der Räterepublik von 1918 gab. Im Saal sprach Kemme in ähnlichem Sinn. Der Kapitalismus sei der Anfang des Weltsystems der Menschheit. Die Arbeitslosigkeit könne mit dem Ständestudenten abgehandelt werden. Rußland gebe das Beispiel eines Arbeitsbeschaffungsprogramms. Der Kampf gegen den Youngplan vermöge nur das Volk zu führen, indem es die Verträge zerreiße. Zum Schluß wandte er sich gegen die Nationalsozialisten. In der Aussprache führte der nationalsozialistische Jugendleiter Riaraß aus, daß der Zins und nicht das Kapital das Hauptübel des Kapitalismus sei. Der Kampf der Nationalsozialisten richte sich gegen den Zins. Die Klassenfrage sei daneben das A und O aller politischen Entwicklung. Baumann, ehemals ebenfalls Nationalsozialist und mit Riaraß Seite an Seite für das „dritte Reich“ strebend, bezeichnete diesen als einen politischen Dampfmann. Die Versammlung verlief ohne Zwischenfälle.

Reichsfinanzminister Dietrich in Mannheim

Mannheim, 4. Sept. In einer von etwa 6000 Personen besuchten Wahlversammlung der Staatspartei und der Deutschen Volkspartei nahm für die Staatspartei Reichsfinanzminister Dr. Dietrich das Wort. Er führte u. a. aus: Der Kampf geht zunächst um die Aufrechterhaltung der Notverordnung. Der kommende Reichstag wird schwerlich in der Lage sein, die Notverordnung aufzuheben oder auch nur erheblich zu ändern. Es ist notwendig, auch von sozialdemokratischer Seite nur noch gesagt werden, daß man der Notverordnung die Gültigkeit aussprechen, ein Wort, das man je nach Bedarf auslegen kann. Eine Aufhebung der Notverordnung des Reichspräsidenten würde Unordnung in der Kasse des Reiches und Störung der Finanzen in den Gemeinden bedeuten. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit belastet

den Etat voranschlagsmäßig mit 740 Millionen, und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß diese Summe nicht erreicht wird. Auch die ichne Summe von 1,6 Millionen Hauptunterstützungsempfängern, einigen Hunderttausend Krisenunterstützten und etwa ebensoviel Wohlfahrtsunterstützten ist gewiß beängstigend, aber eine Aufgliederung ergibt, daß sich unter den Unterstützten eine große Menge berufstätiger Arbeitsloser befindet, die dieses Jahr auch im Sommer, also während der Saison, beschäftigungslos geblieben sind. Die Arbeitslosenversicherung leidet an dem Fehler, daß man diejenigen Berufe, die beruflich im Winter arbeitslos sind, zusammengeworfen hat mit allen denjenigen Gruppen in Industrie, Handel und Gewerbe, die unter normalen Verhältnissen in Lohn und Brot stehen. In der Notverordnung ist vorgesehen, daß eine anderweitige Beitragsfestsetzung für diejenigen Gewerbe stattfindet, die eine saisonmäßige Arbeitslosigkeit haben. Daß wir im vorigen Winter nahezu 120 000 Arbeitslose in der Landwirtschaft hatten, ist ein ebenso unhaltbarer Zustand, wie der, daß über 600 000 Unterstützte im Gewerbe den übrigen Arbeitslosen in der Beitragsabgabe und Unterstützung vollkommen gleichgestellt werden. Es wird Sache der zuständigen Versorgungsorgane sein, hier im Interesse der wirklichen Arbeitslosigkeit durchzugreifen. Die endgültige Beseitigung der Arbeitslosigkeit kann nur kommen aus eigener Belebung der Wirtschaft. Auch beim Finanzministerium kann gespart werden. Voraussetzungen dafür ist Vereinfachung der Gesetzgebung und des Vollzugs. In dieses Kapitel gehört die Abschaffung des kleinen Vermögens bis zu 20 000 Mark von der Vermögenssteuer freizumachen, was einen Ausfall von vielleicht 20 Millionen Mark bringen wird, der zum großen Teil durch Verwaltungsstellenerringerung gedeckt werden kann. Dabei gehört die Abschaffung der landwirtschaftlichen Besteuerung zu vereinfachen, die zum Teil gegenwärtig mehr Kosten verursacht, als sie einbringt.

Der nächste Schritt besteht in dem Versuch, die Wirtschaft an dem gefährlichen Punkt zu entlasten. Die Realsteuern haben in manchen Teilen Deutschlands eine Höhe erreicht, daß sie lebensfähige Betriebe zum Erliegen brachten und so die Arbeitslosigkeit vermehrten. Da keine Möglichkeit besteht, eine Entlastung der Realsteuern im Etat selbst vorzunehmen, obwohl im nächsten Jahre große Ausgaben in diesem entfallen, welche jedoch durch noch größeren Besatz von Einnahmen aufgesetzt werden, so bleibt nur ein Weg übrig, nämlich zu versuchen, an den Realsteuern selbst zu ändern. Neue Steuern auszuschreiben, wie da und dort vorgeschlagen wird, halte ich für völlig aussichtslos. Vielleicht könnte man beim Tabak noch einige Hundert Millionen heraushehlen. Ich wende mich aber ausdrücklich dagegen, ein Tabakmonopol zu machen.

In der Verlaufsbildung der Regierung ist dann auch die Frage des Finanzausleihs angeschnitten. Ich bin der letzte, der einem soordneten Gemeinwesen in seine Finanzgebarung hineinreden will. Ich weiß, daß das nicht möglich ist und habe bewußt den umgekehrten Weg betreten. Aber für eine Ueberanpassung muß ein Notbehelf da sein. Die Reichsregierung geht aufs Ganze und der neue Reichstag wird einige Monate Zeit brauchen, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen. Die wahnsinnige Taktik, man könne einfach dadurch helfen, daß man die Reparationszahlungen einstellt, verdient keine Erwähnung. Wir sind ja „Nichtalleinschuldner“ aus dem Kriege. Das stolze Frankreich und England haben ein gerüttelt Maß Kriegskosten an die Amerikaner. Sie können sie auch nicht durchstreichen.

Das Handelsvertragsystem, wie wir es bisher haben, muß aufrechterhalten bleiben und ich begrüße es besonders, daß es nach langen und schweren Verhandlungen gelungen ist, mit Finnland zu einem neuen Abkommen zu gelangen, ohne daß der bestehende Vertrag gekündigt werden muß. Im übrigen ist durch die gestrige Kabinettsitzung die Außenpolitik der Regierung noch einmal klargestellt und festgelegt worden. Das Kabinettsrat Brüning hat keine Lust, sich zu irgendwelchen Abenteuern verleiten zu lassen.

Der Sinn des Wahlkampfes ist nicht nur in diesen sachlichen Auseinandersetzungen zu sehen, der Kampf geht diesmal tiefer. Es geht darum, wie weit die bürgerlichen Elemente im Stande sind, dem heutigen Staat Kraft und staatswillige Parteien zur Verfügung zu stellen, ohne die das parlamentarische System nicht bestehen kann. Während die klassenbewußte Arbeiterschaft in der Sozialdemokratie, gestützt auf die Kraft der Gewerkschaften, ein gewaltiges politisches Instrument besitzt und das Zentrum über alle sozialen Gegenstände hinweg durch konfessionellen Ritz zusammengehalten wird, sind die Bürgerlichen mit allem, was sich dazu rechnet, parteipolitisch trostlos in Splitter aufgelöst, sowohl die, die aus dem konservativen Lager erwachsen sind, als auch diejenigen, die aus dem liberalistisch-liberalen Gedankengut der vergangenen 100 Jahre hervorgehen. Es geht darum, Parteien zu bilden, die den heutigen Staat als die Grundlage ihrer Arbeit und den Gegenstand ihrer Politik befrachten.

7 Gebote für die Wahl

1. Der amtliche Stimmzettel liegt im Wahlraum.
2. Du erhältst den amtlichen Stimmzettel und den amtlichen Wahlumschlag am Wahltag (14. September) beim Betreten des Wahlraums.
3. Du begibst dich dann in den Nebenraum (in den Wahllocher oder an den Nebentisch) und setzt mit Bleistift oder Farbstift auf den Stimmzettel ein Kreuz in den Kreis rechts neben dem Wahllocher, dem du deine Stimme geben willst.
4. Gehe im Nebenraum (im Wahllocher oder im Nebentisch) den angekreuzten Stimmzettel in den amtlichen Wahlumschlag.
5. Ueberlaß alsdann den Wahlumschlag mit dem angekreuzten Stimmzettel darin dem Wahllocher unter Kennung deines Namens.
6. Gehe zeitig zur Wahl und nimm vorfarblich einen Bleistift oder Farbstift mit.
7. Jeder Wahlberechtigte soll wählen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut
Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig

Öffentliche Versammlungen

in Altensteig: Sonntag, den 7. Sept., abends 8 Uhr
Gasthof „Grüner Baum“ (Saal)

Ebhausen: Samstag, den 6. Sept., abends 8 Uhr
Gasthof zum „Waldborn“

Pfalzgrafenweiler: Sonntag, 7. Sept., nachmittags 3 Uhr, Gasthaus zur „Schwane“

Schema:

Der Weg zu Deutschlands Rettung

Redner: Stadtpfleger a. D. **Wagner, Stuttgart** (fr. in Spielberg)

Wir kämpfen gegen Rieseneinkommen, Steuerdruck, Arbeitslosigkeit, Verschwendungspolitik, Young-Plan, gegen die ungerechten Aufwertungsgeetze

Kommt alle! Bringt Freunde und Bekannte mit!

Wählt Liste 11! Sie führt aus dem Sumpf!

Volksrecht-Partei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung)
Christlich-Soziale Reichspartei

Ab heute, bis Samstag, den 13. September, veranstalte ich vor Eintreffen der Herbst- und Winterware einen

Sonderverkauf

zu enorm billigen Preisen

Herren-, Burschen- u. Knabenanzüge
Sommer- und Uebergangs-Mäntel
Hüte und Mützen

Herren-Anzüge M. 35, 50, 65, 80, 95
Burschen-Anzüge M. 22, 30, 40, 50, 60, 75
Knabenschulanzüge M. 6, 8, 11.50, 13.50, 16.20
Eine Partie Zwirn- und Kord-Anzüge

ausgezeichnet zum Strapazieren Mk. 10, 15, 20, 25, 28, in einfacher und Sportfässon

Der Restbestand in Sommerjoppen u. hellen Hosen ist noch schön sortiert und wird weit unter Preis abgestoßen

Christ. Theurer, Nagold

Spezialhaus für Herren- und Knabenbekleidung. Tel. 116

Morgen Sonntag sind meine Ladenräume von 11 bis 3 Uhr geöffnet



Die guten Qualitäten
Die große Auswahl
Die billigen Preise
Die rasche Belieferung
aller Sorten Schuhwaren
sind **VORTEILE** des

Schuhgeschäfts August Seeger
Tel. Nr. 63 Altensteig Tel. Nr. 63

Neuanfertigung
u. Reparaturen
rasch und billig

Öffentliche Wahlversammlung

Montag, den 8. September, abends 8 1/2 Uhr im Saale „Grüner Baum“.

Es spricht:

U'Boothführer Pg. v. Jagow

über das Thema:

„Die Parteien am Ende -- Adolf Hitler am Anfang“.

Deutsche Männer, deutsche Frauen, deutsche Jugend besucht die Versammlung. Freie Aussprache.

S.A.-Kapelle Nagold wird konzertieren.

N.S.D.A.P. Ortsgruppe Altensteig.

Deutschnationale Volkspartei

Am Montag, 8. Sept., abends 8 1/2 Uhr spricht im Gasthaus zum „Sternen“

Herr Rechtsanwalt Dr. Schott aus Stuttgart über:

„Reichstagswahl, Deutschnationale Mittelpolitik und Führer Dr. Hugenberg“.

Hierzu ist jedermann herzlich eingeladen.

Ortsgruppe Altensteig.

Wer bleibt Sieger? Sowjetstern oder Hakenkreuz!

Ueber dieses Thema spricht am Sonntag, 7. September, abends 8 Uhr im Gasth. z. „Engel“

Landtagsabgeordneter Schneck

An alle Parteien, sowie an die gesamte Einwohnerschaft ergeht hieomit freundliche Einladung.

Uneingeschränkte Redezeit den politischen Gegnern!

Der Versammlungsleiter übernimmt die volle Gewähr für Ruhe und Ordnung.

Die N.S.D.A.P. ist zur Aussprache eingeladen.

Erfolmt Alle, holt Aufklärung!

K.P.D.

Eine kleinere Partie reife haltbare Stangenkäse

das Laibchen ca. 1 Pfd. — 50 Pfg.
reise 40% Stantol Stangenkäse
das Laibchen ca. 1 1/2 Pfd. Mk. 1.—
= solange Vorrat reicht =
Ia 20% Allg. Stangenkäse
1/4, 1/2, 3/4 reif, 1 Pfd. 50, 55, 60 Pfg.

empfiehlt

Chr. Burghard Jr.

